Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 95 (2001)

Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch mit Heidi Schelbert : Nachhaltigkeit heisst : Man lebt von

den Zinsen und tastet das Kapital nicht an

Autor: Schelbert, Heidi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144305

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch mit Heidi Schelbert

Niemand wird zugeben, dass er oder sie gegen Nachhaltigkeit ist

Neue Wege: Frau Schelbert, Sie sind bekannt als Ökonomin, die sich der Nachhaltigkeit zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet weiss. Gleichzeitig sind Sie eine überzeugte Vertreterin der Marktwirtschaft. Bevor ich Sie frage, wie beides zusammengeht, möchte ich von Ihnen wissen, wie Sie «Nachhaltigkeit» im Umgang mit Umwelt und Natur definieren.

Heidi Schelbert: Die einfachste Formel für Nachhaltigkeit lautet: Man lebt von den Zinsen und tastet das Kapital nicht an. Das markanteste Beispiel kommt aus der Waldwirtschaft: Wenn ein Wald nachhaltig bewirtschaftet wird, dann wird nur der Zuwachs genutzt und die Substanz bleibt erhalten. Der Ausdruck «Nachhaltigkeit» wurde denn auch im vorletzten Jahrhundert für die Waldwirtschaft geprägt. Der Begriff ist in der Ökonomie an sich eine Selbstverständlichkeit. Als man zu Beginn des letzten Jahrhunderts die nationale Buchhaltung entwickelte, wurde das Nettosozialprodukt definiert als jenes Dienstleistungsund Güterbündel, das im Lauf eines Jahres hergestellt wird und das man konsumieren kann, ohne dass die Volkswirtschaft dadurch ärmer würde.

NW: Nur gingen damals Natur und Umwelt in dieser Definition leer aus. HS: Man hatte tatsächlich den Eindruck, dass Natur und Umwelt-eigentlich sollte man besser sagen: Mitwelt - ein freies Gut ist, das unerschöpflich zur Verfügung steht und daher keinen Preis hat, das man also beliebig konsumieren kann. Weil das aber nicht der Fall ist, bedeutet der Umweltkapitalstock genauso ein Vermögen für die Menschen und für die ganze Welt, also auch für die anderen Lebewesen und die zukünftigen Generationen. Dieser Umweltkapitalstock muss daher genauso nachhaltig genutzt werden wie der produzierte Kapitalstock.

Nachhaltigkeit heisst: Man lebt von den Zinsen und tastet das Kapital nicht an

Ob sich Nachhaltigkeit in der Marktwirtschaft realisieren lässt und welche Bedingungen dafür erfüllt sein müssten, wollte der Redaktor in seinem NW-Gespräch mit Heidi Schelbert wissen. Die Umweltökonomin ist überzeugt, dass der Markt zwar effizient ist, von sich aus aber weder ökologisch noch sozial sein kann. Dazu bedarf es besonderer Leitplanken, für den ökologischen Bereich insbesondere der Internalisierung der Umweltkosten. Unsere Gesprächspartnerin ist zuversichtlich, dass sich Nachhaltigkeit in der Marktwirtschaft trotz aller Rückschläge durchsetzen wird. Heidi Schelbert ist emeritierte Professorin für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich, wo sie am Institut für empirische Wirtschaftsforschung tätig war. Heute arbeitet Frau Schelbert in verschiedenen Kommissionen des Bundes mit, so in der Rekurskommission für Wettbewerbsfragen, in der Kommunikationskommission, die sich mit den neuen Informationstechnologien befasst, ferner in der OcCC (Organe consultatif sur les changements climatiques), dem Klimaberatungsorgan des Bundesrates. Die artgerechte Tierhaltung ist ein besonderes Anliegen von Heidi Schelbert. Für die Nutztierschutzorganisation «kag freiland» betreut sie zur Zeit eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zahlungsbereitschaft für das Tierwohl.

NW: Über diesen Umweltkapitalstock reden wir im Zusammenhang mit der Definition von Nachhaltigkeit. Aber ist dieser Begriff, der am Beispiel der Waldwirtschaft plausibel gemacht werden kann, in den übrigen Bereichen auch so gut umsetzbar? Oder verdankt er seine politische Karriere nicht vielmehr dem Umstand, dass die Indikatoren fehlen, um dem Reden über Nachhaltigkeit Substanz zu geben? Ist die Unschärfe des Begriffs die Grundlage seiner Konsensfähigkeit?

HS: Der Begriff ist von der theoretischen Definition her überhaupt nicht unscharf. Aber er wird unscharf verwendet. Zum Teil aus Unwissen, zum Teil aus Absicht. Es wird niemand offen zugeben, dass er gegen Nachhaltigkeit ist, obwohl er oder sie sich so verhält. Natürlich ist es bei vielen Bereichen des Umweltkapitalstocks viel schwieriger als beim Wald, die Nachhaltigkeit quantitativ sauber zu erfassen. Das heisst aber nicht, dass es unmöglich ist. Es braucht interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Naturwissenschaften, der Technik, der Medizin und der Ökonomie, damit man bestimmen kann, was Nachhaltigkeit ist und was ihr Gegenteil bewirkt: die Übernutzung.

Man muss quantitativ genau bestimmen, was Übernutzung bedeutet. Das muss man in der Ökonomie unter Einschluss der Substitutionsmöglichkeiten tun. Und das heisst: Wenn wir Erdöl nachhaltig verwenden würden, dann dürften wir nur ganz wenig jedes Jahr nutzen, weil das Erdöl über Jahrmillionen entstanden ist. Es ist ein Rohstoff, der von der Natur produziert wurde wie der Wald, es ist auch aus dem Holz des Waldes entstanden. Aber jetzt übernutzen wir das Erdöl gewaltig. Das würde ich vom Abbau her nicht als grosses Problem ansehen, wenn man gleichzeitig für die Substitution sorgt, also andere Energieträger entwickelt, so dass die künftigen Generationen die gleiche

Möglichkeit haben, Energie zu nutzen.

Das Erdöl an sich ist nicht etwas besonders Phantastisches wie z.B. die Artenvielfalt oder die Naturschönheiten. Wir dürfen Erdöl übernutzen, wenn wir im gleichen Ausmass andere Energieträger entwickeln. Es gibt andere Dinge wie die Artenvielfalt, wo sich die ethische Frage stellt, inwiefern es nachhaltig ist, dass gewisse Tierarten aussterben, wenn dafür andere Tierarten sich besser entwickeln können oder wenn wir dafür mehr Naturschönheiten bekommen. Aber bei den Energieressourcen stellt sich dieses Problem nicht.

NW: Vorausgesetzt, dass nicht die Verbrennung das Umweltkapital durcheinanderbringt.

HW: Bei der Verbrennung entstehen natürlich gewaltige Umweltprobleme, da-

Heidi Schelbert nach dem NW-Gespräch im Zürcher Hauptbahnhof. rum habe ich nur vom Abbau der Erdölreserven, vom Ressourcenverbrauch, gesprochen.

Das Portemonnaie ist ein sehr empfindlicher Körperteil

NW: Es heisst, die Schweiz müsste fünfmal grösser sein, um ihre Belastung der Natur (Ressourcenverbrauch und Emissionen) mit dem Gebot der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Wie werden solche Aussagen «bewiesen»? Ich denke auch an die Schwierigkeit, die Ursachen der Schädigung unseres Ökosystems-z.B. Klimaerwärmung, Ansteigen der Meeresspiegel, Zerstörung der Ozonschicht, Artenschwund usw.-wissenschaftlich exakt nachzuweisen.

HS: Die Aussage, dass die Schweiz, gemessen an der Naturbelastung, fünfmal grösser sein müsste, ist ein plakatives Beispiel, um die Leute aufzurütteln. Davon halte ich aus wissenschaftlicher Sicht nicht sehr viel. Das Entscheidende ist, dass man die *Kosten* der Nutzung der Natur mit den *Preisen* verrechnet. Dazu gibt es sehr gute Methoden.

Die Ökonomie war lange Zeit im Clinch mit den Naturwissenschaften, weil diese immer an ihren Beweisen gezweifelt haben. Beim Klima z.B. hiess es: Wir können noch nicht exakt beweisen, dass tatsächlich der Mensch die Klimaänderung beeinflusst. Jetzt ist die Mehrheit der Naturwissenschaftler überzeugt, dass sie diesen Beweis mit einer Trefferwahrscheinlichkeit von 95 Prozent erbringen können. Die Antwort der Ökonomie lautet: Wenn nur schon die Wahrscheinlichkeit besteht, dass die menschliche Tätigkeit das Klima beeinflusst und wenn die Klimaänderung gewaltige Schäden verursacht, dann heisst der ökonomisch rationale Entscheid: jetzt handeln. Und zwar entsprechend der Minimax-Strategie so handeln, dass der grösstmögliche Schaden am kleinsten wird. Es ist viel billiger, zum voraus etwas zu tun, als zuzuwarten, bis die Klimakatastrophe eintritt. Um jetzt zu handeln, genügt es, dass die Naturwissenschaften nicht ausschliessen können, dass der Mensch das Klima beeinflusst. Warten ist ökonomisch die dümmste Strategie.

NW: Was heisst handeln? Umsetzen auf die Preise?

HS: Handeln heisst, dass die Kosten des Klimawandels oder die Kosten der Luftverschmutzung durch die Energienutzung berechnet und auf die Energiepreise geschlagen werden. Wenn wir das tun, wird automatisch weniger umweltschädigende Energie verwendet. Man merkt es am Portemonnaie. Das Portemonnaie ist ein sehr empfindlicher Körperteil. Die erneuerbaren, die umweltfreundlichen Energien werden günstiger. Es lohnt sich, die Forschungsgelder in neue Energieformen und ins Energiesparen zu stecken.

NW: Geht es ohne Verzicht?

HS: Energiesparen heisst nicht unbedingt Verzicht. Ich wäre schon dafür, dass man die Häuser weniger heizt. Wir lebten dadurch gesünder. Aber das ist eine andere Frage. Man könnte genau gleichviel Energiequalität mit weniger Energieaufwand erreichen. Der Nutzen wäre derselbe, wenn z.B. die Häuser besser isoliert würden.

Wenn wir externe Kosten haben, funktioniert die Marktwirtschaft nicht richtig

NW: Was würde Ihre Handlungsstrategie für den Benzinpreis bedeuten?

HS: Der Benzinpreis müsste längerfristig
sicher auf 5 Franken je Liter zu stehen
kommen. Wenn wir nicht nachhaltig
wirtschaften, ist das nicht nur für die
Mitwelt schlecht und für die Menschen,
die krank werden, es ist auch wirtschaftlich ineffizient. Wenn die Mobilität zu
billig ist, gehen wir zu weit in Richtung
zentrale Produktion und Arbeitsteilung,
weil diese zu rentabel werden. Wenn dagegen die Mobilität ihre Kosten decken

muss, dann wird die dezentrale Produktion wieder rentabler und wir bekommen eine neue Produktionsstruktur. Aber ich würde den ganzen Aufschlag nicht schon morgen einführen. Es käme zu teuer. Wir hätten eigentlich schon vor 50 Jahren mit der Internalisierung der Umweltkosten beginnen und dann schrittweise vorgehen sollen. Eine sanfte Anpassung senkt die Umstellungskosten.

NW: Gemessen an den 50 Jahren, die Sie erwähnen, wären diese 5 Franken nicht viel mehr als der Teuerungsausgleich. **HS:** Es geht nicht um die absoluten, sondern um die relativen Preise. Energie ist relativ billiger geworden, sie muss daher relativ bedeutend teurer werden.

NW: Und der Staat müsste diesen Preisaufschlag verfügen?

HS: Ja, denn die Energienutzung verursacht externe Kosten. Und wenn wir externe Kosten haben, dann funktioniert die Marktwirtschaft nicht richtig. Wenn daher der Staat die externen Kosten internalisiert, dann ist das keine Regulierung, sondern das Gegenteil davon: die Voraussetzung, dass die Marktwirtschaft überhaupt funktionieren kann.

Das Problem ist nicht die Wissenschaft, die es nicht wüsste, sondern die Politik, die es nicht will

NW: Eine ähnliche Frage stellt sich beim Flugverkehr. Wie können wir messen, ob die 420'000 Flugbewegungen, die für «Kloten» nach Realisierung der 5. Bauetappe prognostiziert werden, noch mit der Forderung der Nachhaltigkeit vereinbar sind? Kann die Frage beantwortet werden, ohne den gesamten weltweiten Flugverkehr einzubeziehen? Brauchte es nicht nur lokale, sondern auch globale UVPs? Und wie wäre eine Internalisierung der externen Kosten im Flugverkehr überhaupt politisch realisierbar? HS: Die Mehrheit der Schäden, die der

Mensch der Umwelt zufügt, sind hausgemacht und können daher auch lokal behoben werden. Bei der Verschmutzung der Luft z.B. müssen wir nicht warten, bis ein anderes Land das auch macht. Das können wir selbst und zu unserem eigenen Vorteil.

Daneben gibt es Probleme, die nur weltweit wirklich effizient gelöst werden können. Leider gehört der Flugverkehr auch dazu. Wenn wir dessen externe Kosten über den Kerosinpreis nur in Kloten abgelten würden, wäre die Wirkung kontraproduktiv. Dann würden nämlich sämtliche Flugzeuge mit vollem Tank in Kloten landen, um nicht hier tanken zu müssen. Damit aber wäre die Umweltbelastung noch grösser. Es gibt also Umweltprobleme, die nur weltweit gelöst werden können. Das ist das eine.

Das zweite ist die Frage nach gesicherten Erkenntnissen. Ich meine, dass wir genügend Informationen in der Zusammenarbeit der verschiedenen Wissenschaften haben, um ganz energisch mit der Internalisierung zu beginnen. Ich sage nicht, dass wir die externen Kosten auf zwei Stellen hinter dem Komma kennen. Das ist überhaupt nicht nötig. Es reicht vollkommen, dass wir die Grössenordnungen kennen. Wir sollten ja ohnehin in kleinen Schritten beginnen, um grössere Anpassungsprobleme der Wirtschaft zu vermeiden. Das Problem ist nicht die Wissenschaft, die es nicht wüsste, sondern die Politik, die es nicht will.

NW: Oder auch die Wirtschaft?

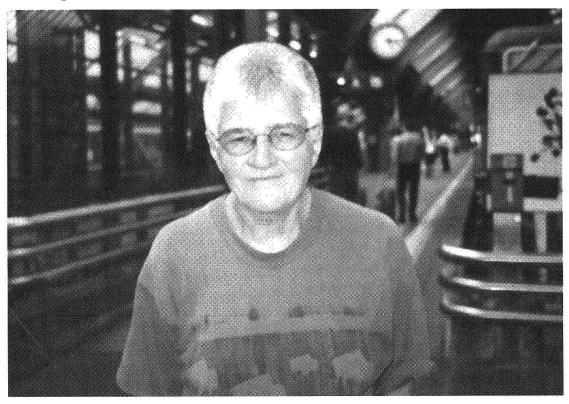
HS: Natürlich stehen hinter der Politik die wirtschaftlichen Interessen, und zwar die Einzelinteressen. Es ist eben so, dass die Internalisierung gesamthaft gesehen Effizienzgewinne bringt, wir können damit einen grösseren Kuchen backen. Aber die einzelnen Stücke werden neu verteilt. Alle, die Angst haben, dass sie dann weniger kriegen, die setzen sich zur Wehr. Und alle, die nicht so genau durchsehen und denen man einredet, sie würden kleinere Stücke bekommen, die sind

auch dagegen. Es ist also ein Problem der Umverteilung ...

NW: ... und erst noch ein solches der Mehrheit.

HS: Das haben wir gesehen bei der *Abstimmung über die Energieabgaben*, wo die Mehrheit profitiert hätte, aber dennoch anders entschieden hat. Ich bin aber nicht so pessimistisch. Ich habe vor über

zuklären und Massnahmen vorzuschlagen, damit diese Umweltbelastung nicht mehr weiter zunehmen würde. Wir haben Zertifikate vorgeschlagen. Die Politik hätte entscheiden müssen, wieviel Umweltbelastung zuzulassen sei. Dann hätten die einzelnen Fluggesellschaften Zertifikate gekriegt, entsprechend dem Grandfathering-System (analog der Vererbung vom Grossvater), d.h. entspre-



«Im Umgang mit dem Klimawandel gehören die USA heute zu den Schurkenstaaten.» (Bilder: Willy Spieler)

20 Jahren mit der *Umweltökonomie* angefangen. Ich wurde damals wie ein Kalb mit zwei Köpfen angesehen. So etwas machte man nicht. Jetzt ist Umweltökonomie ein etablierter Bereich, über den man vernünftig mit den Leuten sprechen kann. Aber es geht langsam.

NW: Sie sagen, dass wir über genügend Wissen verfügten. Aber welches ist der Stand des Wissens und welches ist der Stand der Umsetzung? An wen tragen Sie dieses Wissen heran? Gerade im Zusammenhang mit dem internationalen Flugverkehr?

HS: Vor bald zehn Jahren hatten wir am Institut für empirische Wirtschaftsforschung den Auftrag, die *Umweltbelastung des Flughafens Zürich-Kloten* ab-

chend den Flugbewegungen, über die sie heute schon verfügen. Die sauberen Flugzeuge hätten mehr Zertifikate bekommen, als sie brauchten, und die schmutzigen weniger. Die Zertifikate wären gehandelt worden, und der Markt hätte entschieden, wie diese Belastung beurteilt werden sollte. Die Umweltbelastung hätte jedenfalls nicht mehr zugenommen. Sie wäre schon vor zehn Jahren eingefroren worden. Das wäre ein Riesenanreiz gewesen, erstens einmal nur noch mit sauberen Flugzeugen nach Kloten zu fliegen und zweitens schneller Flugzeuge zu entwickeln, die weniger die Umwelt belasten würden. Es wäre auch nicht mehr so rentabel gewesen, kleinere Strecken zu fliegen. Das Fliegen auf kurzen Strekken wäre konkurrenziert worden von der Eisenbahn, und auch vom Auto, denn das Auto verursacht etwas weniger Umweltbelastung als das Flugzeug.

Das Modell wurde mit grosser Begeisterung entgegengenommen, ist aber in der Schublade verschwunden, als die Rezession kam.

Kostenwahre Preise sind auch ein Standortvorteil

NW: Das Beispiel zeigt freilich auch, wie schwer es die Ökologie in der kapitalistischen Marktwirtschaft hat. Lässt sich überhaupt ein Wirtschaftswachstum denken, das so nachhaltig ist, dass es Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen, also die Grenzen des Wachstums respektieren kann? Anders gefragt: Sind Motor jeder Marktwirtschaft nicht Zinsen und Gewinnerwartungen? Bei der UBS-Fusion war gar von einer Eigenkapitalrendite von 20% die Rede. So werden Wachstumszwänge ausgelöst, die doch wohl kaum nachhaltig gebändigt werden können.

HS: Heute berechnen wir die Wachstumsrate der Volkswirtschaft völlig verkehrt. Ich habe zu Beginn gesagt, man müsste die Wachstumsrate nach dem Nettosozialprodukt berechnen und nicht als Wachstum ausweisen, was eigentlich Vermögensverzehr ist. Der Unternehmer, der vergisst, die Abnützung des Kapitalstocks bei der Kalkulation zu berücksichtigen, verkauft seine Produkte zu billig und meint erst noch, er würde Gewinn machen. In Wirklichkeit verschleudert er sein Vermögen und lebt von der Substanz. Das tun wir auch. Und selbstverständlich werden die einzelnen Unternehmungen sich solange so verhalten, als die Preise eben falsch sind. Wir brauchen kostenwahre Preise.

Und noch einmal: Die Marktwirtschaft ist nicht gerecht, aber sie ist unter bestimmten Voraussetzungen effizient. Die wichtigste Voraussetzung ist Kostenwahrheit. Deswegen brauchen wir ein Wettbewerbsgesetz mit Zähnen, und wir brauchen die Internalisierung der exter-

nen Effekte. Sonst ist die Marktwirtschaft ineffizient. Dann rechnen wir mit Wachstumsraten, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Norwegen gilt z.B. als eines der reichsten Länder, weil es sein Erdöl verkauft. Es verkauft sein Tafelsilber, und das ist nicht Einkommen.

Eigentlich müssten die *Liberalen* voll hinter dieser Forderung nach Kostenwahrheit stehen, denn sie wollen ja Marktwirtschaft.

NW: Aber liegt die Schwierigkeit nicht darin, dass diese Kostenwahrheit durch die Politik hergestellt werden müsste? HS: Ja, aber die Wirtschaftsvertreter müssen eben einsehen, dass das ihr Vorteil ist. Und es gibt schon eine ganze Reihe, z.B. im Bereich des Klimas die Versicherungen, die sehr für Internalisierung eintreten. Hinzu kommen die Unternehmungen, die in neuen Technologien wie Solarenergie arbeiten. Es gibt auch die Greenstocks an der Börse. Sie sind zwar nicht bis ins letzte Detail perfekt, aber laut den Analysten haben sie die beste Rendite. Die Börse berücksichtigt offenbar diese langfristigen Interessen, während andere in den Sand bauen. Die Ansätze sind also da. Die Frage ist, ob es nicht zu langsam geht.

NW: Dann heisst es etwa, man sei zwar grundsätzlich dafür, aber nicht im Alleingang der Schweiz, weil das zu grosse Standortnachteile nach sich ziehe.

HS: Das ist vollkommen falsch. Wenn die Schweiz die Vorreiterolle übernimmt, dann hat sie den *first mover advantage*. Sie wird zuerst ihre Strukturen ändern. Und sie wird konkurrenzfähig in den zukunftsfähigen Branchen, Produktionsmethoden und Gütern. Diejenigen, die auf der andern Seite die Mitwelt übernutzt haben, die müssen sich anpassen. Sie haben zunächst einen Nachteil, weshalb sie ja auch dagegen sind. Aber im Prinzip ist es ein Vorteil, wenn das Land zuerst handelt und damit die Nase vorn hat. Das müsste die Wirtschaft einsehen.

Für Hungernde ist die Nahrung des nächsten Tages wichtiger als das Überleben der Urenkel in hundert Jahren

NW: Am Beispiel Norwegens haben Sie meine nächste Frage bereits beantwortet. Wir stellen nämlich fest, dass die Natur dazu missbraucht wird, der Sicherung des Kreditgeldes zu dienen. Erzvorkommen, Erdölvorkommen, auch nur vermutete, ja selbst die Rodung von Regenwäldern können neue Bankkredite auslösen. Wie verhindern wir, dass die Natur als Geldschöpfungsgrundlage ausgebeutet wird?

HS: Im Fall Norwegens hätte ich weniger Bauchweh. Das ist eigentlich ihr eigenes Problem, wenn sie ihr Familiensilber verscherbeln. Wenn's dann mal kein Erdöl mehr hat, gibt es sicher andere Energieträger. Hingegen sind die Regenwälder ein riesiges Problem. Sie gehören armen Ländern, die einen kurzen Zeithorizont haben. Wenn man an der Grenze zum Verhungern ist, dann ist die Nahrung des nächsten Tages wichtiger als das Überleben der Urenkel in hundert Jahren. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Länder eine andere Möglichkeit haben, ihre natürlichen Ressourcen so zu nutzen, dass die Nachhaltigkeit gewährleistet ist. Wir müssen nicht mit dem Zeigefinger auf diese Länder weisen, sondern jene Unternehmungen aus entwickelten Länder an den Pranger stellen, die das Holz schlagen, Raubbau betreiben und damit auch die anderen ausnützen. Das ist die Katastrophe. Ebenso verhält es sich mit Unternehmungen, die die Meere überfischen und damit den kleinen Existenzfischern die wirtschaftliche Grundlage entziehen.

Auch hier geht es darum, dass die Konsumentinnen wissen, was sie kaufen, wenn z.B. Tropenholz auf den Markt kommt. Ein zuverlässiges glaubwürdiges Label tut not. Dann sind gerade die Konsumenten in den reichen Ländern bereit, für ihr gutes Gewissen etwas mehr zu bezahlen. Den Unternehmungen aber,

die solche Umweltkatastrophen verursachen, müsste man eine vollständige Haftung auferlegen. Wenn etwas passierte, dann wären sie ruiniert. Man müsste sie bei groben Umweltverstössen auch einsperren. Es sollte z.B. nicht mehr rentabel sein, mit Tankern herumzufahren, die keine doppelte Hülle haben.

Hohe Managerlöhne ohne Risiko sind marktwirtschaftlich verkehrt

NW: Können Sie sich vorstellen, dass Eigenkapitalrenditen von 20% in dem ökologisch gebändigten marktwirtschaftlichen System, das Sie vorschlagen, überhaupt noch möglich sind?

HS: Ich weiss es ehrlich nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass gewisse innovative Unternehmungen, die nachhaltige neue Dinge entwickeln, durchaus einmal eine solche Rendite haben könnten. Aber ich finde diese Renditen ohnehin unsinnig. Sie hängen damit zusammen, dass die Unternehmungen nicht langfristig optimieren. Der kurzfristige Gewinn im nächsten Jahr ist entscheidend. Und wenn's dann nicht mehr so gut geht, springt man mit dem goldenen Fallschirm ab. Das sind Entwicklungen, die mir nicht gefallen. Ich würde bei diesen Managern eine sehr strenge Haftung einführen. Wenn sie Mist bauen, sollen sie dafür auch den Kopf hinhalten müssen. Nur ein hoher Lohn und kein Risiko, das ist marktwirtschaftlich ineffizient.

NW: Sonst zerstört sich dieses System eigentlich von selbst.

HS: Es ist allerdings nicht etwa so, dass die zentral geleiteten Wirtschaften bei der Umweltnutzung vorbildlich gewesen wären. Sie haben zum Teil sogar noch mehr kaputt gemacht. Es ist nicht das Marktsystem an sich, das die Mitwelt kaputt macht, sondern es sind die falschen Rahmenbedingungen.

NW: Aber das Marktsystem müsste auch nicht zwangsläufig kapitalistisch sein. Es könnte auch Betriebe ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln geben. Diese Betriebe wären nicht verstaatlicht, sondern auf eine dezentrale Weise sozialisiert und müssten sich am Markt bewähren.

HS: Das wäre durchaus möglich. Mir geht es nur darum, dass der Markt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, die effizienteste Allokation ist. Aber der Markt ist nie gerecht, Gerechtigkeit ist kein Kriterium des Marktes, sondern ein Kriterium der Menschen und ihrer Ethik. Dafür sind wir verantwortlich. Das können wir nicht auf den Markt abschieben.

Die Natur braucht die Menschen nicht

NW: Wie werden wir dieser Verantwortung gerecht? Ich frage noch einmal: Geht es wirklich ohne Verzicht?

HS: Es heisst immer, wir müssten jetzt den Gürteln enger schnallen, damit die Natur gerettet werden kann. Das ist doppelt falsch. Wir müssen den Gürtel nicht enger schnallen, sondern wir werden infolge eines *Strukturwandels* neue Dinge bekommen, die wertvoller sind; kostenwahre Preise verbessern die Effizienz.

Das zweite ist: Wir müssen die Natur nicht retten, wir müssen vielleicht einzelne Tierarten oder Pflanzen retten. Aber die Natur braucht die Menschen nicht. Die Natur kann ohne Menschen überleben, hingegen können wir nicht ohne Natur überleben. Es geht darum, ob wir in unserer Welt auch in Zukunft noch leben wollen oder ob wir die Welt für die Menschen unbewohnbar machen. Aber eine Natur wird immer überleben.

NW: Die Natur kann sich auch des Schädlings Mensch entledigen.

HS: Ja, es ist sogar arrogant, wenn wir sagen, wir müssten die Natur retten. Die Natur rettet sich selbst. Wenn schon, geht es darum, dass wir für die zukünftigen Generationen sorgen sollten, auch für andere Lebewesen, die sonst untergehen würden.

NW: Genügen denn Technologien im Sinne von «Faktor 4» (Verdoppelung der Produktivität bei Halbierung des Energieverbrauchs), um den ökologischen Kollaps aufzuhalten?

HS: Ich glaube nicht, dass Verzichtsappelle viel bringen. Das ist so etwas wie Gesundbeten. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Menschen lieb und gut sind. Das beste ist, wenn sich der pflegliche Umgang mit der Natur für die einzelnen lohnt. Die Preisrelationen müssen stimmen. Und dann wird auch die Technik sich so entwickeln. Vielleicht gibt es dann sogar einmal einen Faktor 6. Das müssen wir nicht vorschreiben. Sobald es sich rentiert, wird auch darüber nachgedacht. Wenn es sich dagegen nicht rentiert, dann wird auch nicht geforscht.

Das sehen wir bei den Medikamenten, die für die Entwicklungsländer notwendig wären. Da wird viel zu wenig geforscht, wenn wir an das Leid der Menschen denken. Warum? Weil es für die Unternehmen nicht rentabel ist.

Ich bin zuversichtlich – trotz ökologischen Schurkenstaaten wie den USA

NW: Wenn ich Sie so höre, habe ich den Eindruck, dass Sie trotz allen Rückschlägen und Misserfolgen im Umweltbereich - im Bereich der «Mitwelt», wie Sie sagen – sehr zuversichtlich in die Zukunft blicken. Sie stehen damit in Gegensatz zu jenen Leuten, die meinen, der point of no return der Umweltzerstörung sei bereits überschritten. Wir könnten den Öko-Kollaps bestenfalls noch hinausschieben, aber nicht mehr verhindern. **HS:** Ich bin von Natur aus optimistisch. Ich bin es auch, weil ich in den letzten 20 Jahren gesehen habe, dass die ökologischen Fragen auf offene Ohren stossen. Ich werde von fast allen Parteien und Wirtschaftsorganisationen zu Vorträgen über diese Fragen eingeladen. Das heisst natürlich noch nicht, dass meine Überlegungen auch umgesetzt werden. Ansätze zur Umsetzung sind allerdings da, sogar in der Schweiz. Und die Natur ist auch etwas sehr Robustes. Natürlich kann man ganze Landschaften kaputtmachen, was mir sehr weh tut.

NW: Und die Ozonschicht?

HS: Genau da wurde gehandelt, ozonvernichtende Sprays z.B. wurden verboten. Man hat gemerkt, dass der Hautkrebs nicht besonders angenehm ist.

Mich belastet es noch mehr, wenn Menschen andere Lebewesen kaputtmachen. Wenn wir die Ozonschicht zerstören, dann fällt das auch auf uns zurück. Aber wenn man *Tierarten* kaputtmacht, dann ist das für mich persönlich noch schlimmer; denn die Tiere können sich nicht dagegen wehren. Das ist eine Frage der Ethik

Gesamthaft gesehen ist doch noch Zeit da, um den nötigen Kurswechsel herbeizuführen. Vielleicht brauchen wir noch ein paarmal eins auf die Nase. So geschah es auch in der Schweiz, als im 19. Jahrhundert die Wälder stark übernutzt wurden. Die Folgen waren zunächst Lawinen, dann kamen die Überschwemmungen. Diese betrafen nicht mehr nur die Berggebiete, sondern sie drangen bis weit ins Mittelland vor. Darauf hat die Schweiz innert kürzester Zeit das schärfste Waldgesetz erlassen. Es hat sich nun seit gut hundert Jahren bewährt. Vielleicht ist es nötig, dass noch ein paar Katastrophen passieren wie die Geröll- und Schlammlawine von Täsch, damit wir realisieren, wie sehr wir von der Klimaänderung betroffen sind, wenn die Permafrostböden auftauen.

NW: Es gibt aber auch den Vorschlaghammer, der von der Wirtschaft kommt. In Zeiten der Rezession ist die Umwelt plötzlich kein Thema mehr. Die Grünen verlieren an Terrain. Selbst in der SP heisst es: «Wir waren auch schon ökologischer.» Nicht zu reden von der Politik der neuen US-Regierung, die sich um das Kyoto-Protokoll futiert. Von daher bin ich nicht so zuversichtlich.

HS: Im Umgang mit dem Klimawandel

gehören die Vereinigten Staaten heute zu den Schurkenstaaten. Wir werden sehen, ob sie wirklich einfach so aussteigen können. Aber sie kriegen ihre Überschwemmungen auch und ihre Dürren. Ich gehe davon aus, dass die Menschen lernfähig sind.

NW: Lernfähig durch Katastrophen? Hoffen wir, dass diese Katastrophen nicht so gewaltig sein werden, dass es auch für die Lernfähigkeit zu spät sein wird.

HS: Klar, wir können das so negativ sehen, aber müssen es nicht. Denken wir z.B. daran, wie wir das Wasser bei uns verschmutzt hatten, bis die Typhus-Epidemie in Zermatt ausbrach. Darauf wurden Kläranlagen gebaut. Das ist zwar «end of pipe», nicht optimal, aber besser als nichts. Die Seen haben sich viel schneller erholt, als man gedacht hat. Also, die Natur ist robuster, als wir meinen. Das ist kein Freibrief für die Übernutzung. Es heisst einfach, dass wir noch Zeit haben, gewisse Dinge vernünftig zu machen.

Heute muss man der eigenen Partei sagen, dass sie sich wieder auf ihre eigenen ethischen Grundsätze besinnen muss, auf das christliche Menschenbild. Sie muss heute eine andere Aussage wagen als in den Siebzigerjahren. Damals gewannen wir mit der Parole «Freiheit statt Sozialismus». Das ist heute nicht mehr aktuell. Heute müsste die CDU sagen: «Solidarität statt Kapitalismus». Man müsste Stellung beziehen gegen den Tanz ums goldene Kalb, dagegen, dass die Gier nach Geld die Hirne der Politiker und Wirtschaftsbosse zerfrisst. Man muss deutlich machen, dass der Kapitalismus genauso falsch ist wie der Kommunismus.

Heiner Geissler, in: DAS MAGAZIN, 23/2001.

Zum politischen Verständnis des Begriffs «Nachhaltigkeit»

(Gespräch mit Heidi Schelbert, NW 7-8/01)

Ich habe mich sehr gefreut über das Gespräch zur Nachhaltigkeit mit Heidi Schelbert. Die Umwelt-Ökonomin legt mit erfrischender Deutlichkeit dar, dass es auch wirtschaftlich unsinnig ist, das natürliche «Tafelsilber» zu verscherbeln. Es sei mir als Politikerin und als Biologin aber gestattet, einige Ergänzungen anzubringen zum heutigen politischen Verständnis des Ausdrucks Nachhaltigkeit.

Einzug in die Politik gehalten hat der Begriff Nachhaltigkeit im Gefolge der Konferenz von Rio 1992, der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, an der Regierungschefs und hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von 179 Ländern teilnahmen. Vielfach missverstanden, vielfach missbraucht, droht «nachhaltig» heute für viele und gerade auch für Linke zur nichtssagenden Floskel zu werden. Sehr zu unrecht wie mich dünkt.

Schutz der Umwelt *oder* Kampf gegen die Armut?

Nachhaltigkeit ist ursprünglich – wie von Frau Schelbert dargelegt – ein in der Waldwirtschaft verwendeter ökologischer Begriff. Dass Nachhaltigkeit in dieser Bedeutung längerfristig eine Überlebensfrage für die Menschheit ist, konnte schon in den 80er Jahren von ernsthaften Zeitgenossinnen und Zeitgenossen nicht mehr bezweifelt werden, und dies erklärt den hohen Stellenwert, den die Konferenz erhielt. Von ähnlich weitreichender Bedeutung ist aber auch der Kampf gegen die Armut. Wenn es nicht gelingt, der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung positive Entwicklungsperspektiven zu geben, so wird es auf dieser Welt keinen Frieden geben.

Das Besondere der Konferenz von Rio liegt nun darin, dass sich zum ersten Mal die unterschiedlichsten Kräfte (Regierungen, internationale Organisationen, Wissenschaft, Wirtschaft, NGOs) an einen Tisch setzten, um eine nachhaltige Politik zu entwickeln. Es warfür alle Beteiligten überdeutlich, dass weltweit weder die Erhaltung der natürlichen Ressourcen noch die Bekämpfung der Armut irgendeine Chance haben,

wenn sich ihre Forderungen widersprechen und wenn nicht auch die Wirtschaft eingebunden wird. Und dass sich eine konstruktive internationale Politik nur partnerschaftlich entwickeln lässt.

Handlungsspielräume

Ursprüngliches Ziel von Nachhaltigkeit ist es, den «Kapitalstock» der Natur zu erhalten und von den «Zinsen», vom Zuwachs, zu leben. Wenn die Konferenz von Rio die Politik der Nachhaltigkeit so definiert, dass den künftigen Generationen derselbe Handlungsspielraum erhalten werden soll, den wir heute kennen, so ist das bereits eine subtile Umdeutung. Es ist das Eingeständnis, dass wir heute gar nicht anders als vom Kapital leben können und deshalb ebenso den Schutz der verbleibenden Ressourcen wie die Suche nach Ersatzlösungen vorantreiben müssen. Im Energiebereich z.B. erscheint ein Ersatz möglich.

Bei anderen natürlichen Ressourcen dagegen ist ein *grosses Fragezeichen* zu setzen. Wir wissen vom Beispiel Wald, dass *Ersatzaufforstungen* so lange gut funktionieren, als das vielfältige Artenreservoir des Hauptbestandes nicht zerstört worden ist. Nun wird aber die rote Liste der *ausgestorbenen Arten* länger und länger; über die Vielzahl von ebenfalls betroffenen, aber unauffälligen und deshalb nicht registrierten Arten wissen wir praktisch gar nichts. Organismen lassen sich schlicht nicht mehr ersetzen. Ihr Aussterben wird die Natur verändern, mit welchen Folgen für die Menschheit, ist unbekannt.

Eine interessante Art von Dreieckskonstellation

Demokratische Regierungen des Nordens setzen sich natürlich für die Wirtschaft ein, die ihren Ländern Wohlstand und Arbeitsplätze verschafft. Sie können sich aber auch der Notwendigkeit nicht entziehen, akzeptable sozial- und umweltpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, und sie wissen überdies um den Einfluss von NGOs auf ihre Wählerschaft.

Drittwelt-Länder sitzen trotz ihrer Zahl meist am kürzeren Hebel. Aber eine friedlichere Weltordnung ist ohne sie und ohne mehr Gerechtigkeit nicht zu haben. In den NGOs, den Umweltverbänden und Hilfswerken der westlichen Länder, finden sie

Büche

Arnold Künzli

MENSCHENMARKT

Die Humangenetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft

auch oft Verbündete, z.B. in der Frage von faireren Handelsbedingungen.

Weitsichtigere Vertreter und Vertreterinnen der Wirtschaft ihrerseits erkennen den von Frau Schelbert ausgeführten Sachverhalt. Sie wissen, dass auch sie Verantwortung für partnerschaftlicheres und ökologischeres Verhalten übernehmen müssen und langfristig dabei nur gewinnen können. Jedenfalls für (zivile) Konsumgüter, für die Medizinal- und Nahrungsmittelbranchen sind Umweltzerstörung, soziale Unrast und Verelendung als Folge kurzfristiger Gewinnmaximierung eine schlechte Option. Die Wirtschaft hat zudem lernen müssen, um ihr Image zu fürchten (Stichworte Ölplattformen, Kinderarbeit u.ä.).

Das Fazit in Rio war nun, dass eine nachhaltige Politik gleichzeitig die verschiedenen Aspekte berücksichtigen, d.h. auf ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Verträglichkeit beruhen muss. Dies führt notwendigerweise zu Kompromissen. Aber so definierte Nachhaltigkeit bedeutet einen riesigen Fortschritt gegenüber einseitigen Absichtserklärungen, die niemand ernst nimmt. Und wer den Begriff nachhaltig einfach auf andere Sachgebiete überträgt, z.B. in bezug auf Verschuldung ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Folgen, hat gar nichts davon begriffen.

Arnold Künzli: Menschenmarkt. Die Humangenetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft. rowohlts enzyklopädie, Hamburg 2001, 207 Seiten, Fr. 19.90.

Wer die Frage nach dem Menschenbild in der Humangenetik vertiefen möchte, erhält dazu durch das neue Buch von Arnold Künzli eine hervorragende Orientierungshilfe. Der Autor vertritt eine «philosophie engagée», die sich dieser Grundfrage als einer eigentlichen «Jahrhundertaufgabe» stellen müsse. Ausgangspunkt ist das berühmte Ciba-Symposium 1962 in London, das bereits die genetische Vervollkommnung des Menschen propagiert hat. Wieweit ist dieses - zwischen defizitärem Ist-Zustand und perfektionistischem Soll-Zustand oszillierende -Menschenbild noch mit der Menschenwürde vereinbar? Wird der Mensch zum «Zuchttier»? Ist gutes Leben nicht mehr eine Frage der Ethik, sondern der Genetik? Künzli weiss

Durchsetzung der Eigeninteressen oder Partnerschaft?

Die Konferenz von Rio entwickelte eine Reihe von internationalen Abkommen, an denen auch die Schweiz beteiligt ist (z.B. Agenda 21, Biodiversitäts- und Klimakonvention). Leider hat in den letzten Jahren eine Erosion der guten Absichten eingesetzt. An die Stelle des Versuchs, Partnerschaftlichkeit zu entwickeln, treten mehr und mehr kurzsichtiger Egoismus der Mächtigen und rücksichtsloses Shareholder-Denken. Aus der Klima-Konvention steigen z.B. die USA aus, mit der mehr als flauen Begründung, Energie zu sparen sei Amerikanern nicht zuzumuten. Globalisierung und ungehemmte Marktwirtschaft produzieren eine Vielzahl von Verlierern. Seattle, Davos, Genua... Und nach dem 11. September ist beizufügen, dass genau diese Entwicklung den Boden düngt, auf dem der Terrorismus wächst.

Die kooperative Strategie von Rio muss weitergeführt werden. Umweltschutz und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Entwicklung haben eminent politischen und keineswegs nur individual-ethischen Charakter. Nachhaltigkeit in ihrer ganzen Komplexität als politische Forderung ist heute deshalb notwendiger denn je.

Ursula Leemann

auch um die theologische Relevanz dieser Fragen. Für den Menschen gilt das Bilderverbot nicht weniger als für Gott, dessen «Ebenbild» er ist. Wie aber sollen Menschen vervollkommnet werden, wenn es den Menschen gar nicht gibt? Gehört Unvollkommenheit nicht zum Leben? Haben wir nicht sogar ein «Recht auf Unvollkommenheit»? Künzli wäre im übrigen nicht der radikale Kritiker des Kapitalismus, wenn er nicht auch den ökonomischen Interessen hinter diesem «Menschenmarkt» nachgehen und vor einer «genetisch ‹zementierten› Klassengesellschaft» warnen würde. Der Autor hütet sich allerdings vor Pauschal-Verurteilungen der Humangenetik, solange diese die Menschen «nur» heilen und ihnen nicht das Heil versprechen will. Der «Januskopf» erscheint als Metapher für eine Wissenschaft, deren Zukunft durch die «Unberechenbarkeit des Berechenbaren» bestimmt wird. W. Spieler